

Haushaltsrede 13.12.2012 Claudia Fleisch

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

der Haushaltssanierungsplan ist nun nach langem Warten endlich genehmigt, das ist aber bei weitem kein Grund in Verzückung zu geraten.

Das bedeutet nämlich, dass mit dem nun vorliegenden Haushalt alle Steuern und Abgabenerhöhungen, alle Mittelkürzungen und der Personalabbau in der Stadtverwaltung wirksam wird.

Das bedeutet auch, dass in unserer Stadt, wieder einmal die Menschen für die Fehler der Politik zur Kasse gebeten werden.

Wir wissen, dass durch den sterbenden Bergbau weitere Marler ihren Arbeitsplatz verlieren. Dazu kommen immer wieder Menschen die von Rationalisierungsmaßnahmen betroffen sind, oder ganze Werksschließungen wie bei Ontex und 2016 bei Opel, die auch Marl treffen werden.

Die betroffenen Mitarbeiter werden dadurch über ein geringeres Einkommen verfügen und zusätzlich noch von der Stadt zur Kasse gebeten.

Diese Einschnitte treffen zudem besonders Menschen mit geringem Einkommen, aber auch Familien die durch die stark gestiegenen Energie –und Lebenshaltungskosten sowieso schon sehr belastet sind.

Lesen Sie doch mal den Armuts –und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Nehmen Sie aber den Entwurf und nicht die geschönte Hochglanzversion.

Auch die Verwaltung wird nicht verschont, sie wird ausgedünnt. 115 Stellen sollen nicht wieder besetzt werden. Doch ist die Verwaltung nicht für die Bürgerinnen und Bürger da, die hier Steuern und Abgaben zahlen?

Die Stadt hat in der jetzigen Lage kaum Mittel für Investitionen, deshalb wird der Sanierungsstau an öffentlichen Gebäude und Straßen weiter anwachsen

Um sich langfristig Folgekosten zu ersparen, Veränderungen vorzunehmen und Entwicklungen anzustoßen, müsste man investieren und nicht kürzen.

Es bedarf also zusätzlicher Mittel, wie zum Beispiel einem Konjunkturpaket 3, um solche Entwicklungen zu befördern, die mittel- bzw. langfristig zu Kosteneinsparungen führen können.

Aber das ist ja von Bund und Land scheinbar nicht gewollt, gleiche Lebensbedingungen zu schaffen.

Ein anderes Thema ist die Jobcenter-Reform. Die LINKE gehörte zu den wenigen Fraktionen, die sich gegen die Einführung der Optionskommune aussprach. Und wir müssen heute feststellen, es ist schlimmer als erwartet! Abgesehen von den internen Problemen die nach fast einem Jahr immer noch nicht gelöst sind, hatte man wohl die finanziellen Mittel überschätzt, die für dieses Abenteuer zur Verfügung stehen, die Wirklichkeit ist eine andere.

Es ging doch darum, mehr Langzeitarbeitslose wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, weil die Kommune den Anspruch hatte, dies wegen der örtlichen Kenntnisse besser zu können als die Bundesagentur für Arbeit. Und was haben wir erreicht? In unserer Stadt stieg die Zahl der Langzeitarbeitslosen trotz guter Wirtschaftslage.

Dieser Wechsel zur Optionskommune, wird uns in jeder Hinsicht teuer zu stehen kommen. Wieder ein Fehler der Politik, der zu Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger führen wird.

Neben der unsozialen Komponente, gibt es viel zu viele Unwägbarkeiten in unserem Haushalt, zumal unsere Haushaltsdebatte seit Jahren theoretischer Natur ist. In den vorherigen Jahren wurde kein Haushalt genehmigt. Bis heute liegen keine IST-Zahlen für 2011 vor. Wir orientieren uns also an PLAN-Zahlen. Doch diese müssen nichts mit der Realität zu tun haben.

Der Haushaltsausgleich, den wir anstreben, wurde errechnet. Es wurden Annahmen getroffen (Einsparungen, Reduzierung Kreisumlage) die kaum so eintreffen werden.

Nun hat Marl nach der Neuberechnung aus dem sogenannten Stärkungspaktgesetz zwar gut 3 Millionen Euro mehr zugesprochen bekommen, aber nicht durch Aufstockung der viel zu gering angesetzten Hilfen, sondern nur durch Umverteilung zum Nachteil anderer notleidender NRW Kommunen, was weitere Verwerfungen erzeugt.

Da fragt man sich ob die Berechnung dieses mal richtig ist?

Die Gelder für die 31 Empfängerkommunen der 2. Stufe kommen nicht vom Land, sondern werden allen Kommunen vorweg abgezogen, dass als Stärkungspakt zu bezeichnen ist zynisch.

Der Zweck dieses Gesetzes ist nicht die Entschuldung der Kommunen. Angesichts von 22,2 Milliarden Euro kommunaler Kassenkredite in NRW am Ende letzten Jahres, reichen die in Aussicht gestellten Millionen sowieso nicht.

Dass es im Kern nur um die Zinsdienste, sprich Bankprofite, geht, wird auch deutlich an der Äußerung von Innenminister Jäger (SPD). Da hochverschuldete Rathäuser bald gar keine oder nur noch höchstverzinsten Kredite erhalten würden, müsse man vorbeugen. Das bezieht sich u.a. auf das Basel III Abkommen, das Banken verpflichtet, für kommunale Gelder Sicherungen anzulegen, was die Kredite verteuern wird. Es soll damit erreicht werden, dass auch überschuldete Kommunen in jedem Fall den Kapitaldienst aufrecht erhalten und kreditwürdig bleiben.

Da es in der Politik darum geht, die Finanzströme und die Banken zu sichern, wie wir täglich erfahren, ist auch klar, dass der Stärkungspakt ein Teil dieser Politik ist.

In diesem Land werden Großunternehmen und Vermögende gering besteuert, Banken bezuschusst und Kürzungspolitik auf dem Rücken der Kommunen und deren Bürger gemacht.

Aber, es gibt Alternativen.

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen steigen, doch die Bürgerinnen und Bürger merken in Marl nichts davon. Da muss doch etwas falsch laufen? Oder wird das Geld falsch verteilt bzw. falsch ausgegeben? Was spricht zum Beispiel gegen eine Vermögenssteuer?

Eine Vermögenssteuer wie DIE LINKE sie fordert hätte für Marl eine Mehreinnahme von über 12 Millionen Euro in diesem Jahr bedeutet.

Wenn zudem die Spitzensteuersätze von 1998 eingeführt und nur die Hälfte der Mehreinnahmen an die Kommunen ausgezahlt würde, könnte Marl über weitere 15 Mio. Euro verfügen. So einfach könnte es sein.

Aber die Mehrheit dieses Rates wollte sich nicht einmal an der Diskussion um die Winzigkeit einer Unterschriftenaktion beteiligen, um eine Einführung der Vermögenssteuer zu unterstützen.

Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik. Doch wenn man auf der einen Seite nur Steuern, Gebühren und Abgaben erhöht, und auf der anderen Seite nur Kürzungen vornimmt, kann man nicht gestalten und nichts entwickeln. Die Kommune muss von Bund und Land so finanziell ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen kann.

Demokratie beginnt vor Ort. Hier erleben die Menschen Politik hautnah. Deshalb muss kommunale Politik alternative Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Dieser Haushalt der als alternativlos hingestellt wird, ist zutiefst unsozial und unausgewogen. Zu diesem Ergebnis verfehlter Politik sagen wir NEIN.

Claudia Fleisch
(Fraktionsvorsitzende)